

Votum unter Zugzwang

Weingarten bestimmt Gebiete für Windkraftanlagen

Weingarten (ml). Die Gemeinde Weingarten ist unter Zugzwang. Der Landtag hat ein Gesetz beschlossen, den Ausbau der Nutzung von Windenergie zu fördern. Die Regionalplanung soll in Zukunft nur noch Vorranggebiete für künftige Standorte von Windkraftanlagen ausweisen können, aber keine Ausschlussgebiete mehr.

In einer Untersuchung durch den Nachbarschaftsverband Karlsruhe wurden auch auf Weingartner Gemarkung Suchräume untersucht und mögliche Standorte ausgemacht. Die

Gemeinde soll dem Nachbarschaftsverband gegenüber bis zum 3. Dezember Stellung nehmen. „Die Landesregierung setzt uns die Pistole auf die Brust“ erklärte Bürgermeister Eric Bänziger. Weise die Gemeinde keinen Standort aus, so gelte das als „Verhinderung“ und ermögliche nach Ablauf dieser Frist, privaten Investoren nach Gutdünken Bauanträge zu stellen. Darum schlage die Verwaltung vor, dem Suchraum 34 im Gewann „Pfadberg/Höheforst“ zuzustimmen. Übereinstimmend sah das Gremium die Notwendigkeit, einen Standort zu benennen, und befürwortete grundsätzlich Windenergie. Sie bezweifelten zwar die Wirtschaftlichkeit

gerade dieses Standorts, andererseits schien er ihnen gegenüber exponierteren Standorten – beispielsweise entlang der Hangkante Kirchberg und Katzenberg – noch der akzeptabelste. Auch Bürgermeister Bänziger sah wenig Wirtschaftlichkeit, meinte aber, die positive Angabe eines Standorts sei die einzige Möglichkeit der Gemeinde, noch Einfluss zu nehmen. Mit 14 Zustimmungen, zwei

Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde der Vorschlag angenommen.

Timo Martin (WBB) enthielt sich der Stimme,

Wirtschaftlichkeit
wird bezweifelt

weil er meinte, die Wirtschaftlichkeit eines Windrads stünde in keinem Verhältnis zur Landschaftsbelastung. Bettina Lichter (WBB) dagegen meinte, wer gegen Atomkraft sei, der müsse Windkraft dulden. Wolfgang Wehowsky (SPD) erklärte, die SPD werde zustimmen, um zu vermeiden, dass andere Weingartener Gebiete belastet würden. Monika Lauber (Grüne) signalisierte Zustimmung, damit die Gemeinde weiterhin mitbestimmen könne. Erich Völker (CDU) sah hier „das kleinste Übel“. Klaus Holzmüller lehnte den Standort darum ab, weil er den Suchraum „sehr eingeengt“ fand. Es gebe möglicherweise bessere Standorte.